

erschienen sind, erübrigt sich vielleicht eine Lektüre dieses Buches von Eginald Schlattner. Für alle anderen, die sich informieren wollen, so auch für jene Historiker, die die Erinnerungsliteratur als Informationsquelle nicht verachten, bietet „Rote Handschuhe“ ein realitätsgetreues und farbiges Panorama des kommunistischen Terrors und der Veränderungen jener Zeit in der Vielvölkerregion Siebenbürgen.

Cornelius R. Zach

München

### Staat, Recht, Politik

STICKLER, MATTHIAS: *Erzherzog Albrecht von Österreich. Selbstverständnis und Politik eines konservativen Habsburgers im Zeitalter Kaiser Franz Josephs*. Husum: Matthiesen 1997. 563 S. = Historische Studien 450.

Der Verfasser beleuchtet im Kapitel 3. 1. seiner Würzburger Dissertation von 1996, auf das hier wegen seiner ungarnekundlichen Bezüge eingegangen werden soll, die Tätigkeit Erzherzog Albrechts (1817-1895) als Militär- und Zivilgouverneur von Ungarn (S. 138-171). Die Jahre 1851-1860 waren im System des österreichischen Neoabsolutismus von Zentralisierung und Modernisierung im Zeichen des Gedankens vom habsburgischen Einheitsstaat und vom Gott gegebenen Kaisertum geprägt. Der Militär- und Zivilgouverneur war Vertreter des Kaisers im Königreich Ungarn als Kronland, das in fünf Statthaltereien aufgeteilt war. Stickler unterteilt seine Ausführungen in vier Abschnitte, die vom rechtlichen Rahmen von Erzherzog Albrechts Stellung, seinem Wirken als Gouverneur, seinem Scheitern als Repräsentant des Kaisers und seinem Sturz handeln.

Albrecht war dem Kaiser direkt unterstellt. Seine Kompetenzen und sein Verhältnis zu den anderen Behörden waren aber nur ungenau definiert. In zivilen Verwaltungsangelegenheiten hatte er, der Berufssoldat, keine Erfahrungen, dementsprechend wurden ihm fähige Mitarbeiter zur Seite gestellt, wobei die Besetzungen dieser Posten in der Regel von Machtkämpfen verschiedener Gruppierungen begleitet waren. Zur Mitte der 1850er Jahre, als Ungarn eine als definitiv erdachte Verwaltungsstruktur mit einem Generalgouvernement erhielt, traten diese Rivalitäten verstärkt zutage. Die Stellung Albrechts aber blieb unangetastet, seine Kompetenzen wurden nur präzisiert.

Bei der Darstellung des Wirkens Albrechts als Gouverneur gelingt Stickler eine genaue Charakterisierung Albrechts, wobei er sich auf eine große Anzahl von Archivalien, darunter auch private Korrespondenzen, stützt. Der Erzherzog nahm seine Aufgabe nur widerwillig an, wollte sich aber von Anfang an ein eigenes Bild über die Lage Ungarns verschaffen und sich nicht auf seine Entourage verlassen. Die Machtkämpfe und Rivalitäten innerhalb der Administration waren ihm zuwider. Nach Stickler besaß er einen analytischen Verstand, sah schnell die Defizite insbesondere in der Verwaltung und meldete diese in bemerkenswerter Offenheit dem Kaiser. Als Vertreter einer harten Linie und Befürworter der neoabsolutistischen Politik unterstützte er meist die Haltung von Innenminister Alexander Bach. Er schlug sich weder auf die Seite der Erzkonservativen noch die der Liberalen. Er entwickelte ein Gespür für besondere Empfindlichkeiten in Ungarn. Stickler stellt diese Eigenschaft exemplarisch anhand seiner Einstellung zur Frage der Organisation der protestantischen Kirchen in Ungarn dar.

Auf die Frage, warum Albrecht als Gouverneur dennoch scheiterte, antwortet Stickler auf zwei Ebenen. Erstens fehlte seiner Meinung nach Albrecht, dem soldatisch-rationalen Pflichtmenschen, das nötige diplomatische Geschick, um auf örtliche Befindlichkeiten auch richtig zu reagieren. Zweitens war der Erzherzog als Verfechter eines starken Zentralismus strikt gegen eine rechtliche Sonderstellung Ungarns innerhalb des Habsburgerreiches eingestellt; so blieb er nach dem Rücktritt Bachs in der Phase des Niedergangs des Neoabsolutismus dessen letzte Symbolfigur. Sein Rücktritt war, so Stickler, ein »Bauernopfer« (S. 172). Albrechts Scheitern war demnach weniger durch persönliche Unfähigkeit als durch das Versagen des Neoabsolutismus als Herrschaftssystem bedingt.

Stickler belegt seine zumeist äußerst detaillierten Ausführungen mit einem reichhaltigen Quellen- und Literaturmaterial. Im Gegensatz zu den personellen Besetzungen und Flügelkämpfen im Gouvernement bleibt er bei der Darstellung der Verwaltungsstrukturen in Ungarn eher an der Oberfläche, so daß diese Passagen beim Leser ein beträchtliches Vorwissen voraussetzen. Da der ganze Band aber eine politische Biographie Albrechts bietet, ist es nur folgerichtig, daß er die Person des Erzherzogs in den Mittelpunkt stellt, ohne ein historisches Gesamtbild von dieser historischen Epoche Österreichs und Ungarns zeichnen zu wollen.

Dieter Jäckel

Erding

BOROS, ZSUZSANNA – SZABÓ, DÁNIEL: *Parlamentarizmus Magyarországon 1867-1944* [Parlamentarismus in Ungarn 1867-1944]. Budapest: Korona 1999. 354 S.

Die Geschichte des ungarischen Parlamentarismus gehört zu den interessantesten und wichtigsten Kapiteln der neueren ungarischen Geschichte, besaßen doch die Parlamentarier im hier behandelten Zeitraum trotz aller Einschränkungen keinen unwesentlichen Einfluß auf die Gesetzgebung Ungarns. Das Autorenpaar untersucht die wesentlichen Organe, Mechanismen und Eigenschaften dieses Parlamentarismus. Szabó zeichnet für den ersten (1867-1918), Boros für den zweiten Teil (1919-1944) verantwortlich. Es werden die Bruchlinien des politischen Diskurses der jeweiligen Epochen verdeutlicht, die Parteienlandschaft vorgestellt, der Ablauf und das Ergebnis der Wahlen chronologisch erörtert und die Tätigkeit beziehungsweise Arbeitsweise des Parlaments geschildert. Zwei weitere, nicht direkt zu den jeweiligen Teilen gehörende Kapitel beschäftigen sich mit der Räterepublik und dem Horthy-Regime.

Als die wichtigsten politischen Kontroversen des dualistischen Ungarn stellt Szabó die Frage nach dem Verhältnis Ungarns zur Gesamtmonarchie, die Nationalitätenfrage, die Rolle des Konservatismus und die Einstellung der politischen Kräfte zur Demokratie dar. Dabei geht er auch auf die Meinungen und Forderungen der Parteien und Persönlichkeiten in den Reihen der Nationalitäten ein, die zumindest teilweise nicht im Parlament vertreten waren. In bezug auf die Nationalitätenfrage werden die gegensätzlichen Vorstellungen der ungarischen und nicht-ungarischen Parteien nachgezeichnet und die Fehler der Nationalitätenpolitik Budapests behandelt. Dennoch unterlaufen dem Autor gerade im Kapitel über die Nationalitätenfrage manche Fehler und nicht nachvollziehbare Auslassungen, so etwa die Nichterwähnung der Apponyischen Schulgesetze. Das Werk besitzt daher vor allem im ersten Teil Handbuchcharakter, denn sobald es um tiefergehende Er-

örterungen von Sachfragen geht, bietet Szabó oft nur allgemeine Skizzen und Problemstellungen. Vermissen wird vielfach die Darstellung von Parlamentsdebatten und der Ursachen von Veränderungen im Meinungsbildungsprozeß. Dem Leser wird zumeist die positivistische Aneinanderreihung von Fakten und Aussagen geboten, kaum aber Bewertungen, Einordnungen und Erklärungen des Dargestellten. Der Autor stellt auch die Konfliktfelder zwischen Regierung und Opposition zuerst allgemein dar, um sie dann schlaglichtartig, mit einer gewissen Beliebigkeit, zu beleuchten. Diese Beliebigkeit mag etwa im Kapitel über die politischen Debatten im Parlament (S. 100-118) aus Raumgründen erklärbar scheinen. Doch wenn eine Art gesetzgeberischer Tätigkeit nur an einem Beispiel dargestellt wird, so kann dies kaum als repräsentativ für ein halbes Jahrhundert Parlamentarismus gelten.

Die Darstellung von Boros im zweiten Teil besticht durch eine profunde Kenntnis der Zwischenkriegszeit. Sie gliedert sich in die drei Abschnitte „Parteien – Parteiensysteme“, „Abgeordnetenwahlen“ und „Das Parlament“. Die Autorin zeigt wesentliche Verbindungs- und Entwicklungslinien der Parteienlandschaft, ihre zunehmende Rechtsverschiebung und die wichtigsten Topoi des politischen Diskurses auf. Sie geht gleichermaßen ausführlich auf das Wahlrecht, die Charakteristika und Ergebnisse der Wahlen ein und schildert sodann deren Bedeutung. Im letzten großen Kapitel gilt ihre Aufmerksamkeit dem Parlament, wobei sie die Arbeit beider Häuser, ihre Zusammensetzung und die Herkunft der Abgeordneten knapp, aber genau darstellt. Die Autorin ordnet abschließend die Untersuchungsepoche in den Rahmen des politischen Systems Ungarns ein. Hierbei verwirft sie im Einklang mit dem heutigen Stand der Forschung die frühere Bezeichnung des Horthy-Systems als ein *faschistisches* und plädiert im wesentlichen aufgrund des vorherrschenden Autoritätsprinzips, das sich auf die führenden Repräsentanten der politischen Elite erstreckte, für die Bewertung des Systems als ein *autoritäres*. Dieser zweite Teil des Buches schließt mit mehreren Tabellen und (wie der erste Teil) mit einer Literaturliste.

Das Buch bietet insgesamt eine zuverlässige, wenn auch mitunter knappe Darstellung der wesentlichen Parteien, Institutionen und Mechanismen des ungarischen Parlamentarismus vom österreichisch-ungarischen Ausgleich bis zum Zweiten Weltkrieg. Auf Aspekte, die es nicht tiefer behandelt, weisen die beiden getrennten Literaturlisten hin, welche die wesentlichen Titel enthalten (wenn auch etwa in der Liste von Boros das in München 1989 erschienene Buch von Margit Szóllósi-Janze über „Die Pfeilkreuzerbewegung in Ungarn. Historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft“ vermissen wird). Als Mängel sind die vor allem im ersten Teil gehäuft auftretenden und sinnentstellenden Druckfehler und das Fehlen eines Sachwort- und Personenregisters anzumerken. Außerdem hätten einige Karten die Veränderung des Wahlverhaltens in den 1930er Jahren optisch verdeutlichen können. Dennoch kann das Buch dem interessierten Publikum aufgrund der dargebotenen Informationsfülle empfohlen werden.

DIÓSZEGI, ISTVÁN: *Bismarck und Andrassy. Ungarn in der deutschen Machtpolitik in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Übersetzt aus dem Ungarischen von Albrecht Friedrich. Deutsche Bearbeitung von Horst Haselsteiner. Wien/München: R. Oldenbourg, Budapest: Teleki László Alapítvány 1999. 512 S.

Man könnte meinen, zu den deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen der Bismarck-Zeit sei gerade angesichts der neuesten Studien zum Zwei- und Dreibund schon alles gesagt und geschrieben worden. Diese Annahme widerlegt István Diószegi, ungarischer Experte für die Diplomatiegeschichte Österreich-Ungarns. Er greift sich die beiden Exponenten der deutsch-ungarischen Beziehungen zwischen 1867 und 1879, Otto Fürst von Bismarck-Schönhausen und Gyula Graf Andrassy, heraus, um anhand ihres Wirkens die politischen Beziehungen zwischen Berlin und Budapest herauszuarbeiten.

Im Kapitel 1 faßt der Autor die Ereignisse zwischen der Übernahme des Ministerpräsidentenamtes durch Bismarck in Preußen 1862 und jener durch Andrassy in Ungarn 1867 zusammen. Die Kapitel 2 bis 4 behandeln den Zeitraum von der Gründung des Norddeutschen Bundes und dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 bis zur Gründung des Deutschen Reiches und der Übernahme des k. u. k. Außenministeriums durch Andrassy im Jahre 1871. Bismarck sah in diesen vier Jahren das Königreich Ungarn als einen Faktor an, der das Kaiserreich Österreich nach Königgrätz davon abhalten könnte, erneut eine Rolle in Deutschland zu spielen. Aus ungarischer Sicht nahm man einerseits Preußen und damit den Norddeutschen Bund als Sekundanten Rußlands mißtrauisch zur Kenntnis, andererseits war man sich in Budapest auch bewußt, daß erst der preußisch-österreichische Gegensatz in Deutschland den Ausgleich zwischen dem habsburgischen Kaiserhaus und dem ungarischen Reichstag ermöglicht hatte. Der zweite Hauptteil des Buches untersucht in den Kapiteln 5 bis 8 die deutsch-ungarischen Beziehungen zwischen 1871 und dem Rücktritt Andrassys als Außenminister im Jahre 1879. Nach 1871 war man in Berlin der Meinung, Ungarn könne die Monarchie von – für Deutschland gefährlichen – Bündnissen, zum Beispiel mit Rußland oder Frankreich, abhalten. Ungarn sah Deutschland in dieser Periode als hoffnungsvollen Partner einer gegen die europäischen und orientalischen Ambitionen Rußlands gerichteten Politik an. Im Schlußkapitel wird die persönliche Beziehung zwischen den beiden Protagonisten vor dem Hintergrund des deutsch-ungarischen Verhältnisses von 1879 bis zum Tode Andrassys und dem Rücktritt Bismarcks im Jahre 1890 geschildert. Eine Zusammenfassung des Inhalts, die – wie eine hinführende Einleitung – fehlt, wäre von Vorteil gewesen. Bemerkenswert sind das umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnis sowie das Namensregister, das als Glossar dem Leser hilfreich zur Seite steht.

Der Autor faßt bekannte Probleme und Kontroversen der Literatur kurz und ausgewogen zusammen und macht seine scharfe und kritische, aber dennoch unaufdringlich vorgetragene Analyse der Quellen zu einem lehrreichen Erlebnis für den Leser. Über weite Strecken der Darstellung läßt er zum Teil noch nicht ausgewertetes Archivmaterial aus Wien, Bonn, Moskau, Paris sowie München und Dresden unmittelbar sprechen. Dadurch erhält der Leser einen direkten Einblick in die klassischen Mechanismen der Außenpolitik sowie die Methoden der Diplomaten, ihre Ziele zum Beispiel durch eine Mischung aus Drohungen, Beruhigungen und Versprechungen zu erreichen. Im Zentrum der Analyse steht zwar das deutsch-

ungarische Verhältnis, Diószegi weitet seinen Blickwinkel aber auf die gesamte Außenpolitik Preußens/Deutschlands und der Doppelmonarchie aus und berücksichtigt auch europäische Probleme von übergeordneter Bedeutung stärker, so die Orientalische Frage. Dies führt bisweilen, so in Kapitel 4 („Die Fragezeichen des föderativen Experimentes 1871“), dazu, daß Ungarn im allgemeinen und Andrassy im besonderen nur kurz erwähnt werden, während die inneren Verhältnisse Österreichs und deren Bewertung durch die europäische Diplomatie fast ausschließlich den Inhalt ausmachen. So wie die Böhmisches und die Galizische Frage in Österreich die Diplomaten Deutschlands und Rußlands beschäftigten, so spielte die Nationalitätenfrage in der zeitgenössischen Beurteilung der ungarischen Verhältnisse eine große Rolle. Die Andeutung des Autors, die ungarische Regierung habe in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Gegensatz zum Großteil der gesellschaftlichen Kräfte und Komitatsverwaltungen Ungarns die Magyarisierungsbestrebungen in keiner Weise unterstützt, muß mit einem Hinweis auf die zurückgestellte Umsetzung des Nationalitätengesetzes relativiert werden. Die Nationalitätenpolitik der ungarischen Regierung wurde von Bismarck aus deutschem Staatsinteresse heraus gebilligt. Angesichts der Aufhebung der siebenbürgisch-sächsischen Selbstverwaltung 1876 bedauerte es der Reichskanzler zwar, wenn die Deutschen Siebenbürgens Grund zur Klage hätten, dieser Umstand beeinflusse aber die Beziehungen zwischen den Regierungen in Berlin und Budapest in keiner Weise. Sein Desinteresse gegenüber den nationalen Aspirationen der ostmittel- und südosteuropäischen Völker legte Bismarck jedoch dann ab, wenn er meinte, sie für seine eigenen Zwecke nutzen zu können. Um die Monarchie im Osten unter Druck zu setzen, hatte Bismarck 1868 versucht, Rumänien militärisch zu stärken. Die dadurch selbstbewußter gewordene Bukarester Regierung beschwor anschließend in der Siebenbürgischen Frage einen ersten ungarisch-rumänischen Konflikt herauf, den Bismarck nur mit Mühe beilegen konnte. Andrassy teilte Bismarcks Abneigung gegenüber den südosteuropäischen Nationalbewegungen und sprach sich wie dieser gegen eine Wiederherstellung der europäischen Führungsrolle Frankreichs aus, »weil dadurch die halbbarbarischen Nationen entlang der Grenzen der Monarchie wieder eine äüßere Stütze erhielten« (S. 252). Geteilter Meinung waren die Protagonisten in bezug auf ihr Verhältnis zu Rußland. Wenn Spannungen zwischen Wien und St. Petersburg entstanden, versuchte Bismarck diese aufzulösen, kamen sich Österreich-Ungarn und Rußland zu nahe, so versuchte er zwischen beiden Mächten Mißtrauen zu säen. Da sich Bismarck bis 1879 nicht zwischen Rußland und Österreich-Ungarn entscheiden wollte, bemerkte Andrassy, die deutsch-russische Freundschaft sei »ein künstliches Gebilde auf der Basis der Sympathie zwischen den Monarchen« (S. 383), eine engere Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Monarchie gründe sich hingegen auf wichtige gemeinsame Staatsinteressen.

Anschaulich beschreibt Diószegi die diplomatischen Verwicklungen zwischen den europäischen Großmächten während des russisch-türkischen Krieges 1877-1878 sowie Bismarcks Vermittlung auf dem Berliner Kongreß. Die Behauptung, Bismarck habe die Position des »ehrlichen Maklers« als angenehm empfunden (S. 414), entspricht allerdings nicht seiner anfänglichen Weigerung, die Position des Schiedsrichters wahrzunehmen. Er sah zutreffend voraus, daß die Macht, die mit dem Ergebnis des Berliner Kongresses nicht einverstanden sein würde, in erster Linie Deutschland dafür verantwortlich machen werde, was Rußland dann auch tat. Die Verstimmungen zwischen Deutschland und Rußland gewannen durch die

persönliche Abneigung zwischen Bismarck und dem russischen Staatskanzler Gortschakow an Schärfe, aber erst die Entlassung Andrássys im August 1879 gab Bismarck den entscheidenden Anstoß, ein formelles, gegen Rußland gerichtetes Defensivbündnis mit Österreich-Ungarn ins Auge zu fassen. Bismarck hatte früher Andrássys Neigung kritisiert, »sich zu viel mit Kombinationen über die Zukunft zu beschäftigen, wodurch er die zweckmäßigste Ausnutzung der gegenwärtigen Möglichkeiten verpasse« (S. 294). Nun mußte Bismarck selbst den Augenblick nutzen, solange der Garant der deutschen Orientierung in Wien noch im Amt war. Noch im Jahre 1879 setzten Bismarck und Andrassy ihre übereinstimmende Vorstellung vom Bündnis in Berlin und Wien durch. Die letzten Monate von Andrássys Amtszeit markierten also zugleich den Höhe- und Schlußpunkt in der Zusammenarbeit zwischen beiden Staatsmännern. Die anschauliche Beschreibung des persönlichen Verhältnisses zwischen Bismarck und Andrassy vor ihrem jeweiligen politischen Hintergrund macht das Neue und Reizvolle an diesem lesenswerten Buch aus.

Gerald Volkmer

Mainz

HUSZÁR, TIBOR: *Kádár János politikai életrajza 1912-1956. 1. kötet* [Politische Biographie von János Kádár 1912-1956. 1. Band]. Budapest: Szabad Tér, Kossuth 2001. 407 S., zahlr. s/w Abb.

In den vergangenen Jahren sind über János Kádár (1912-1989) mehrere Bücher erschienen. Trotzdem kann man keinesfalls über eine Renaissance der Kádár-Forschung reden, weil davor keine Biographie über den einstigen kommunistischen Parteichef Ungarns geschrieben wurde, die unter fachlichem Gesichtspunkt nennenswert wäre. Die Öffnung der ungarischen und sowjetischen Archive ermöglicht es nun der Forschung, diese Lücke anhand bisher geheimgehaltener Materialien schrittweise zu schließen.

Der erste Band dieser auf zwei Bände geplanten Biographie beschreibt Kádárs Leben von der Geburt bis Anfang November 1956. Kádár wurde in ärmliche Verhältnisse hineingeboren. Seine ledige Mutter Borbála Czermanik arbeitete als Zimmermädchen in einem kleinen Hotel des damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Seebades Abbazia (heute Opatija). Sie stammte aus Nordungarn und war halb slowakischer, halb ungarischer Abstammung. Ihr Sohn trug ihren Familiennamen, für den später die Schreibweise Csermanek verwendet wurde. János József Czermanik wurde am 26. Mai 1912 im damals ungarischen Fiume (heute Rijeka) geboren. Sein Vater war ein dort stationierter ungarischer Soldat deutscher Abstammung (János Krezinger). Er nahm von seinem Sohn lebenslang keine Kenntnis. So trug Kádár den Makel der unehelichen Geburt. (Kádár traf seinen Vater ein einziges Mal, 1960 in einem kleinen Dorf im Komitat Somogy.) Die ledige Mutter brachte sich und ihren Sohn als Putzfrau, Wäscherin und Hausmeisterin mehr schlecht als recht durch das Leben. Sie mußte sogar ihren Sohn mehrere Jahre zu Pflegeeltern geben. Erst mit sechs Jahren nahm sie ihn wieder zu sich nach Budapest. Dort besuchte der junge Csermanek, der sich ab 1945 Kádár nennen sollte, die Bürgerschule, eine Art verkürzte Realschule, in der er sich mitunter als Schüler mit guter Auffassungsgabe auswies.

Huszár analysiert gründlich die Persönlichkeit Kádárs, die sich unter der Last der sozialen Armut und der unehelichen Geburt formte. Kádár war ein Einzelgän-

ger, der zwar Kontakte suchte, aber schwer Freundschaften zu schließen vermochte. Er war verschlossen und hielt zu anderen eine seelische Distanz, obwohl er gerne mit Menschen zusammen war. Er war bemüht, sich weiterzubilden und las viel; ein Intellektueller wurde er aber nicht. Kádár hatte einen praktischen Verstand, gepaart mit taktischem Gefühl und Organisationstalent. Er spielte gerne Schach, der seine Kombinationsfähigkeit schärfte. Diese Eigenschaften spielten in seiner politischen Laufbahn eine erhebliche Rolle. Er konnte seine Weggefährten sehr schnell fallen lassen und verraten, wenn es ihm zweckmäßig erschien (zum Beispiel László Rajk oder Imre Nagy). Kádár besaß eine starke Anpassungsfähigkeit, gleichzeitig handelte er umsichtig und vorsichtig. Er war mitunter ein skrupelloser Lügner, wortbrüchig, oft rachsüchtig und hinterlistig. Beispielsweise hatte er zugesichert, daß die Teilnehmer an der Revolution 1956 nicht verfolgt würden. Es gab dann dennoch zahlreiche Prozesse, fast zwanzigtausend Personen wurden verurteilt und über zweihundert, meist Jugendliche, hingerichtet. Diese Seite seines Charakters spielte im Prozeß gegen Imre Nagy mit eine Rolle.

Nach der Schule absolvierte Kádár eine Lehre als Schreibmaschinenmechaniker. Diese Tätigkeit zählte damals unter den Facharbeitern in Ungarn zu den gehobeneren Berufen. Aber Kádár übte ihn nie aus. Er arbeitete als Bürobote und kaufmännischer Gehilfe. Am Anfang der 1930er Jahre knüpfte er Kontakte zur kommunistischen Jugendbewegung. Zwischen den beiden Weltkriegen war in Ungarn die kommunistische Bewegung unbedeutend. Sie bestand maximal aus einigen hundert Leuten. Die Anliegen der Arbeiterschaft und der kleinen Angestellten wurden durch eine verhältnismäßig starke Sozialdemokratie vertreten. Mangels vorhandener Kader übernahm der junge Csermanek in der kommunistischen Jugendbewegung bald verschiedene Funktionen. Er wurde mehrmals verhaftet und verurteilt. So verbrachte er zwei Jahre im Gefängnis von Szeged. Hier traf er den einsitzenden führenden ungarischen Kommunisten Mátyás Rákosi. Diese Begegnung wurde für ihn geradezu schicksalhaft, weil Rákosi nach 1945 sein politischer Übervater und sein gefürchteter Chef wurde.

Der junge Csermanek trat 1937 zur Tarnung in die Sozialdemokratische Partei ein, wo er mit Intellektuellen häufig in Kontakt kam. Während des Zweiten Weltkrieges wurde er zwar Sekretär der illegalen ungarischen kommunistischen Partei, aber eine nennenswerte Tätigkeit übte er in dieser Funktion nicht aus. Nachdem die Sowjets im Februar 1945 die ungarische Hauptstadt erobert hatten, begann die politische Karriere Kádárs. Zuerst wurde er stellvertretender Polizeichef von Budapest. Einige Monate später holte ihn Rákosi in das Zentralsekretariat der kommunistischen Partei, in dem er für die Gewerkschaften und die Personalangelegenheiten zuständig war. Ein Jahr später wurde er Mitglied des Politbüros und stellvertretender Generalsekretär der Partei sowie Parteisekretär von Budapest. Er stand nun auf Platz sechs in der Parteihierarchie. Sein schneller Aufstieg wurde neben der Förderung durch Rákosi durch den Umstand begünstigt, daß er einer der wenigen mit proletarischer Herkunft war. Außerdem war er ein guter und fleißiger Organisator und hatte in Arbeiterkreisen einen gewissen Rückhalt. Im August 1948 wurde er als Nachfolger von László Rajk Innenminister. Der Kommunist Rajk wurde Opfer von Parteintrigen und nach einem Schauprozeß im Herbst 1949 hingerichtet.

Anhand von Archivalien läßt sich beweisen, daß Kádár in der Vorbereitung des Rajk-Prozesses eine unrühmliche Rolle spielte und auch an den Folterungen seines einstigen Freundes teilnahm. Kádár selbst wurde in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ebenfalls Opfer seiner Förderer. Es ist bislang nicht völlig schlüssig aufgeklärt

worden, warum Rákosi Kádár und mehrere andere, nicht moskowitzische Funktionäre verhaften ließ. Kádár kam nach drei Jahren Haft frei und genoß wieder Rákosis Wohlwollen. Er wurde Bezirksparteisekretär in Budapest und 1956 wieder Mitglied des Zentralkomitees. Er beteiligte sich nicht an den landesweiten kritischen Diskussionen über die Verfehlungen der Partei und über die Ablösung Rákosis. Er hielt auch Distanz zu dem immer populärerem Imre Nagy, den Rákosi 1955 aus dem Amt des Ministerpräsidenten verstoßen und aus der Partei ausgeschlossen hatte. Am 23. Oktober 1956 brach der Aufstand aus. Die Gründe dafür waren vielschichtig: Die grundlegende Unzufriedenheit der gesamten Bevölkerung mit dem System, die Weigerung der engstirnigen Parteiführung, ernsthafte Reformen durchzuführen, sowie die brutalen Reaktionen auf friedliche Kundgebungen. Kádár taktierte. Er wurde Mitglied in der Regierung von Imre Nagy und sympathisierte in einigen Erklärungen mit den Forderungen der Bevölkerung. Am 1. November 1956 stimmte die Regierung für den Austritt aus dem Warschauer Pakt und erklärte Ungarns Neutralität. Der anwesende Kádár votierte nicht dagegen. Er hatte zwischenzeitlich erfahren, daß die Sowjets große Truppenverbände nach Ungarn verlegten. Am Abend des gleichen Tages fuhr er freiwillig mit zur sowjetischen Botschaft, von wo er auf Umwegen nach Moskau gebracht wurde. Hier wurde ihm der Ministerpräsidentenposten von Ungarn angeboten, den er nach kurzem Zögern annahm. Am 4. November begann unter dem Decknamen »Wirbelwind« die militärische Intervention der Sowjets in Ungarn. Die Regierungserklärung Kádárs, die am Morgen jenes Tages im Hörfunksender der ostungarischen Stadt Szolnok verlesen wurde, war in Moskau im Zentralkomitee der kommunistischen Partei in russischer Sprache verfaßt und ins Ungarische übersetzt worden.

Huszár bereitet sein Material bis zu diesem Tage chronologisch auf. Die zehn Kapitel umfassen die wichtigsten Lebensabschnitte Kádárs, die sich mitunter als Abschnitte der Parteigeschichte lesen lassen. Die Charakterzüge und Handlungsmotive der Hauptfigur werden treffend und anhand zahlreicher Archivalien breit dokumentiert beschrieben. Die Schwäche des Buches ist, daß es neben Kádár die ungarische kommunistische Partei in den Mittelpunkt rückt, ohne die Auswirkungen von deren Herrschaft auf Gesellschaft und Staat in angemessenem Maße zu bewerten. Trotz dieses Mangels ist es ein sehr informatives Standardwerk über eine der umstrittensten Gestalten der Politikgeschichte Ungarns im 20. Jahrhundert.

György Harsay

München

CZETTLER, ANTAL: *A mi kis élethalál kérdéseink. A magyar külpolitika a hadba lépéstől a német megszállásig* [Unsere kleinen Fragen um Leben und Tod. Die ungarische Außenpolitik vom Kriegseintritt bis zur deutschen Besetzung]. Budapest: Magvető 2000. 642 S.

Über die ungarische Außenpolitik der 1930er und 1940er Jahre sind schon zahlreiche Studien erschienen. Antal Czettler setzt sich zum Ziel, die erste »nichtmarxistische« Untersuchung zur Außenpolitik der Regierungen László Bárdossy und Miklós Kállay vorzulegen. Schon dieser Hinweis wirft aber Probleme auf.

Die ungarische Zeitgeschichtsforschung konnte sich schon in den 1980er Jahren aus der ideologischen Indoktrination in erheblichem Maße befreien. Seit 1989 erlebt die ungarische Historiographie ihre Renaissance auch im Bereich der Zeitge-



schichtsschreibung. Die Zielsetzung des Verfassers erweckt den Anschein, bis zum Jahre 2000 seien nur mehr oder weniger indoktrinierte Arbeiten erschienen. Bei allen möglichen Autoren, etwa bei György Ránki, wird wiederholt erwähnt, daß der betreffende als »Marxist« zu kennzeichnen sei – eine Erklärung dafür oder die Konfrontation mit den vermeintlichen »marxistischen« Thesen bleibt aber meistens aus. In den Fällen, wo diese dennoch stattfindet, wirkt die Argumentation von Czettler eher verklärend. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß zum Beispiel Ránki trotz seiner Parteizugehörigkeit ausgewogene und objektive Studien zu verfassen in der Lage war. Leider ist es gerade Czettlers Arbeit, die unter apologetisch motivierten Problemen leidet. Diese werden an folgenden zwei Themenkomplexen besonders deutlich.

1. *Die antisemitische Gesetzgebung.* Czettler verschweigt, daß die ungarischen Judengesetze genuin innenpolitischen Ursprungs waren, und daß der Motor dieser sich immer mehr radikalisierenden Gesetzgebung bis zu seinem Selbstmord im April 1941 Ministerpräsident Pál Graf Teleki war. Czettler verschweigt, daß Teleki ohne deutschen Druck bereits 1939 bei Hitler die »Lösung der Judenfrage« ansprach, und daß er noch im März 1941 einen persönlichen Beauftragten zur Eröffnung des Frankfurter Instituts für die Erforschung der Judenfrage sandte, um den ungarischen Standpunkt über die »Lösung«, die Teleki in der Zwangsaussiedlung sah, mitzuteilen. Czettler geht im Porträt Telekis weder auf dessen Antisemitismus noch innenpolitischen Fehlgriffe noch rassistisch motivierten Nationalismus ein. Der Autor bemüht leider alte, auch von »Marxisten« gerne verwendete Legenden, indem er über einen »deutschen Druck« in der Judenfrage vor 1941 schreibt oder behauptet, die ungarischen *Pfeilkreuzer* hätten keine Massenbasis besessen und ihre Finanzierung durch Deutschland wäre ausschlaggebend gewesen. Nach zeitgenössischen Polizeimeldungen waren 75 Prozent aller Abgeordneten intransigente Antisemiten. Selbst manche Oppositionspolitiker, unter ihnen mehrere Mitglieder der Kleinlandwirte, stimmten teilweise für die Judengesetze.

2. *»Handlungsspielraum und Zwangsweg«.* Der von Czettler ständig gegeißelte Historiker Ránki hat die Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schon in den 1970er Jahren unter diesem Motto einer Prüfung unterzogen und überwand damit seinen eigenen marxistischen Horizont. Czettlers Anliegen war, zu beweisen, daß die Regierung Kállay alles im Rahmen ihrer Möglichkeiten stehende tat, um Ungarn aus dem Krieg hinauszuführen. Damit hat Czettler zweifelsohne Recht. Allerdings überbewertet er Kállays persönliches politisches Gewicht und Handlungsspielraum. Seine Behauptung, die Kállay-Regierung sei von weiten Teilen der politisierten Bevölkerung und der Opposition im Parlament gestützt worden, ist wegen ihrer Undifferenziertheit nicht haltbar. Sicherlich wollten nur ganz wenige »im europäischen Kreuzzug gegen den Bolschewismus« ihr Leben opfern. Insofern konnte Kállay mit Unterstützung rechnen, wenn es um die militärische Beteiligung auf Seiten der Achse ging. Andererseits waren sich aber sowohl Kállay als auch alle seine Amtsvorgänger, Béla Imrédy eingeschlossen, der dauernden Gefahr eines rechtsradikalen Machtwechsels bewußt. Nicht nur die Pfeilkreuzler und Nationalsozialisten, die zusammen 900.000 Stimmen und damit 30 Prozent der Parlamentsmandate errungen hatten, sondern weite Teile der Regierungspartei befürworteten eine radikale Politik, besonders auf dem Gebiet der Judengesetzgebung. Diese Kräfte forderten auch die Einrichtung eines Staates, der private Freiheiten und die Marktwirtschaft radikal eingeschränkt hätte. Imrédy und Teleki selbst liebäugelten mit den italienischen, spanischen und portugiesischen Staatsmodellen faschisti-

scher Ausrichtung. Kállay mußte 1942 das Parlament um ein Jahr vertagen, Teleki hatte mit einer Blanko-Vollmacht in seiner Tasche regiert und versäumte nicht, während der Sitzungen wiederholt darauf hinzuweisen, daß er das Parlament jederzeit auflösen könne. Obwohl Czettler immer wieder versucht, den Kreis um Kállay größer als »eine winzige Clique« erscheinen zu lassen, zeigen beim genauen Lesen gerade die von ihm verwendeten Memoiren, daß es sich sehr wohl um einen sehr kleinen Kreis handelte. Diese Tatsache erhöht und unterstreicht aber die Bedeutung und das persönliche Engagement von Kállay und seiner Gleichgesinnten. Da es für Czettler offenbar um die Rehabilitierung der damaligen politischen Elite Ungarns geht, hätte er dies betonen müssen. Kállay, Reichsverweser Miklós Horthy oder Ministerpräsident István Graf Bethlen waren, wie die Mehrheit der ungarischen politischen Elite, Antisemiten, aber die moderne Art von Entrechtung sowie andere totalitäre Methoden und Gedankenwelten standen ihnen fern. Ihr Antisemitismus bewegte sich im traditionellen Rahmen des 19. Jahrhunderts. Sie waren Gegner jeglicher »Endlösung«, widersetzten sich jahrelang erfolgreich solchen Strömungen und retteten damit Menschenleben und bedeutende Sachwerte. In diesem Kampf gerieten sie dauernd mir der Mehrheit der Abgeordneten in Konflikt. Schon deshalb wäre eine Neubewertung ihrer Tätigkeit berechtigt. Bethlen und Kállay können in der Tat eine positive politische Tradition begründen. Es darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, daß sie für die Unfähigkeit des Staates, sich zu modernisieren, mitverantwortlich waren. Es ist ein auffälliges Versäumnis des Verfassers, daß er eine Intervention von Horthy gegen die antisemitische Gesetzgebung während der Imrédy-Regierung erwähnt, ohne sie mit Quellen zu belegen.

Wegen des unkritischen Gebrauchs teilweise überholter Literatur kommt es mehrfach vor, daß Czettler Aussagen übernimmt, ohne ihren Wahrheitsgehalt geprüft zu haben. Seine Feststellung, daß die Sowjetunion im Sommer 1941 keine Angriffsabsichten hatte, ist bereits seit zehn Jahren durch russische Quellenpublikationen widerlegt. Czettler verschweigt, daß die ungarische Kriegserklärung an die Sowjetunion hauptsächlich Horthy zu verantworten hatte, obwohl diese Tatsache durch die Forschungen von Lóránd Dombrády, Sándor Szakály und Pál Pritz bereits bekannt sein mußte. Das Verhalten Telekis während der ungarisch-rumänischen Krise im Jahre 1940 bewertet Czettler als eine »Bravour«. Telekis Verhalten war aber eher verantwortungslos und unklug. Verantwortungslos, weil er einen Krieg mit Rumänien riskierte, den Ungarn mit Sicherheit verloren hätte. Unklug, weil Teleki seine Revisionsansprüche nicht auf ethnische, sondern auf eine Kombination aus ethnisch-geographisch-wirtschaftlichen Aspekten aufbaute, ohne sich um die Rechte der an den ungarischen Staat fallenden Minderheiten sonderlich zu kümmern. Czettler verliert kein einziges Wort über die Fehler der ungarischen Politik gegenüber den Nationalitäten.

István Horthy, Sohn des Reichsverwesers, flog nicht mit einem Flugzeug aus der Zeit des Ersten Weltkrieges: Sein Flugzeug war eine ungarisch-italienische Konstruktion aus den 1930er Jahren. Czettlers Angabe, 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung habe die Sztójay-Regierung unterstützt, ist unbelegt und wegen seiner Undifferenziertheit irreführend. Den totalen Kriegseinsatz unterstützten sicherlich nur wenige. Die Deportation der Juden traf dagegen auf einen sehr breiten Konsens. Gerade die Umverteilung des jüdischen Vermögens konnte die Sztójay-Regierung populär machen und konsolidieren. Czettler kennt sich in der Literatur über die 2. ungarische Armee nicht aus. Störend wirken die zahlreichen Schreibfehler und Mißdeutungen. Percy Schramm hieß richtig Ernst-Percy Schramm, „Éb-

redő Magyarok Mozgalma” hieß richtig „Ébredő Magyarok Egyesülete“. Zweimal werden Jahreszahlen vertauscht (S. 117: 1941 statt 1942, S. 217: 1942 statt 1943).

Czettler verwendet überwiegend ältere Darstellungen, aber nur sehr wenige Archivquellen. Sein Buch spiegelt deshalb den Kenntnisstand der 1970er Jahre wider. Obwohl der Rezensent vielen seiner Feststellungen widerspricht, stimmt er mit ihm darin überein, daß die Kállay-Regierung unsere Anerkennung verdient. Die Geschichte Ungarns in den 1940er Jahren muß aber noch geschrieben werden. Czettler liefert dazu leider nur Bruchstücke.

Krisztián Ungváry

Budapest

GERLACH, CHRISTIAN – ALY, GÖTZ: *Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden 1944/45*. Stuttgart/München: Deutsche Verlagsanstalt 2002. 481 S.

Die Historiker Götz Aly und Christian Gerlach haben eine beachtliche und umfangreiche Studie zum Mord an den ungarischen Juden vorgelegt. Mit dem Titel verweisen sie darauf, daß die Juden in Ungarn mit zu den letzten gehörten, die die nationalsozialistische Vernichtungspolitik noch Mitte 1944 erfaßte.<sup>1</sup> Die beiden Autoren betonen, daß sie in der Ermordung der ungarischen Juden nicht ein Verbrechen sehen, das allein auf die ideologischen Bestrebungen der deutschen Nationalsozialisten zurückzuführen sei. Vielmehr folgen sie in ihrer breit, aber nicht als umfassend angelegten Studie Historikern wie Randolph L. Braham<sup>2</sup> und bemühen sich, das Verbrechen in größere politische Zusammenhänge einzuordnen. Dieser Ansatz steht durchaus im Kontext ihrer bisherigen Forschungstätigkeit: So untersuchte Aly die Geschichte des Holocaust vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Umsiedlungspläne, während sich Gerlach mit dem Zusammenhang von Ernährungspolitik und Völkermord befaßte.<sup>3</sup> Ausführlich gehen sie im vorliegenden Buch neben den Zielsetzungen deutscher Akteure auf die Motive und Handlungen der ungarischen Seite ein.

Infolge des verlorenen Ersten Weltkrieges büßte Ungarn zwei Drittel seiner Staatsfläche und über die Hälfte seiner ursprünglichen Bevölkerung ein. Rund ein Drittel der ethnischen Ungarn verblieb außerhalb der neuen Staatsgrenzen. Die Revision des Friedensvertrages von Trianon galt in den folgenden beiden Jahrzehnten daher als das wichtigste Ziel der ungarischen Außenpolitik. Die wechselnden Regierungen unter dem Reichsverweser Miklós Horthy als autoritärem Staatsoberhaupt orientierten sich dabei, besonders seit 1933, in zunehmendem Maße am Deutschen Reich. Auf diese Weise erreichte Ungarn mit der Rückgliederung mehrerer ehemals ungarischer Gebiete zwischen 1938 und 1941 tatsächlich wesentliche

---

<sup>1</sup> Auch Peter Longgerich: *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*. München 1998, 565, wählte für den entsprechenden Abschnitt seiner Studie die Überschrift „Das letzte Kapitel: Ungarn“.

<sup>2</sup> Randolph L. Braham: *The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary. I-II*. Revised and enlarged edition. New York 1994.

<sup>3</sup> Götz Aly: „Endlösung“. *Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*. Frankfurt am Main 1999; Christian Gerlach: *Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg*. Hamburg 1998.

Ziele seiner Außenpolitik. Doch auf der anderen Seite war die verhängnisvolle Bindung an Deutschland immer enger geworden.

Schon 1919 hatte es in Ungarn antisemitische Ausschreitungen gegeben. Die Niederschlagung der Räterepublik unter Béla Kun, einem Kommunisten jüdischer Herkunft, forderte 1.500-2.000 Todesopfer, darunter circa 800-1.000 Juden.<sup>4</sup> Die drei antijüdischen Gesetze der Jahre 1938, 1939 und 1941 markierten eine neue Stufe staatlicher Diskriminierung und Ausgrenzung der Juden. Aly und Gerlach sehen dahinter auch eine sozialpolitische Motivation. Da die ungarischen Regierungen längst überfällige Bodenreformen zum Ausgleich des ausgeprägten Gegensatzes zwischen den relativ wenigen adligen Großgrundbesitzern und einer breiten Schicht von Entwurzelten und verarmten Landarbeitern, die rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten, scheuten, sollten durch den Raub auch des ländlichen Grundbesitzes der Juden zugunsten von kinderreichen Familien oder Kriegsteilnehmern die sozialen Unterschiede zumindest abgefedert werden.

Mit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion verstrickte sich Ungarn immer tiefer in die deutsche Vernichtungspolitik. Jüdische Männer mußten Arbeitsdienst leisten. Sie wurden als *Juden* gekennzeichnet und zu Hilfsdiensten für die ungarische Armee (*Honvéd*) gezwungen. Verheerende Niederlagen der Honvéd 1942/1943 und das antisemitische Klima in ihren Reihen trugen dazu bei, daß etwa 10.000 jüdische Arbeitsdienstangehörige starben.<sup>5</sup> Unmittelbar nach dem Angriff auf die Sowjetunion nahmen ungarische Polizisten 18.000 »staatenlose« Juden fest und verschleppten sie in die von deutschen Truppen besetzte Ukraine. Zwischen 14.000 und 16.000 von ihnen wurden im ukrainischen Kamenez-Podolsk erschossen. Neben der SS und dem Polizeibataillon 320 beteiligte sich auch der ukrainische »Selbstschutz« und eine ungarische Pioniereinheit am Massenmord. Im Januar 1942 begingen ungarische Armee- und Polizeieinheiten unter dem Vorwand der »Partisanenbekämpfung« in der besetzten Batschka (*Bácska*, *Bačka*) Massaker an der einheimischen Bevölkerung, denen mehr als 1.000 jüdische Männer zum Opfer fielen. Doch trotz dieser Verbrechen war die antisemitische Politik Ungarns nicht mit dem nationalsozialistischen Vernichtungswillen gegenüber den Juden zu vergleichen. So mußten sich zum Beispiel die Verantwortlichen für die Verbrechen in der Batschka, wenn auch sehr spät, im Dezember 1943 vor Gericht verantworten. Und vergeblich drängten deutsche Stellen die ungarische Regierung, auch gegen die fast 800.000 Juden Ungarns vorzugehen und sie auszuliefern.

Um Ungarn nach den schweren militärischen Niederlagen 1943 und der Kapitulation Italiens am Kriegsaustritt zu hindern, und weil die nationalsozialistische Regierung sich die ungarischen Ressourcen sichern wollte, besetzten deutsche Truppen das Land am 19. März 1944 und stürzten die weder nationalsozialistische noch faschistische Regierung Miklós Kállay. Horthy blieb jedoch weiter im Amt. Im April 1944 ordnete Hitler erstmals an, 100.000 ungarische Juden zum Bau unterirdischer Rüstungsfabriken heranzuziehen. In nur acht Wochen, von Mitte Mai bis Anfang Juli 1944, hatte ein sechzig- bis achtzigköpfiges Sonderkommando unter Adolf Eichmann, gestützt in erster Linie auf die ungarische Polizei, schließlich etwa

---

<sup>4</sup> Péter Sipos: Politik und Antisemitismus in Ungarn vor 1945. In: Vorurteil und Rassenhaß. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas. Hgg. Hermann Graml [u. a.]. Berlin 2001, 191.

<sup>5</sup> László Varga: Ungarn. In: Dimensionen des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Hg. Wolfgang Benz. München 1996, 336.

430.000 Juden nach Auschwitz-Birkenau deportieren lassen. 320.000 dieser Menschen wurden sofort ermordet, die übrigen mußten Zwangsarbeit vor allem auf Großbaustellen des Konzentrationslagers leisten. Ungarn war für die Deportationen in sechs Zonen eingeteilt worden. Angefangen bei den »fremdesten« – den Ostjuden aus der Karpato-Ukraine – bis hin zu den assimilierten Juden der Budapester Vororte wurden die Juden Zone für Zone zumeist erst in Zwischenlagern konzentriert und von dort in die Güterwaggons der Deportationszüge gepfercht. Ausführlich schildern Aly und Gerlach auch die Beraubung der Juden. Wo es nicht zu Plünderungen durch die Bevölkerung kam, wurde ihr Eigentum vom ungarischen Staat konfisziert und zu Niedrigpreisen an nichtjüdische Ungarn verkauft. Dies entsprach durchaus auch den Plänen der deutschen Besatzungsbehörden, die vom ungarischen Fiskus wiederum die Begleichung ihrer eigenen Kriegs- und Besatzungskosten forderten und sich so selbst indirekt am Eigentum der Verschleppten bereicherten.

Erst die immer aussichtslosere militärische Lage Ungarns an der Seite des Deutschen Reiches und der massive Druck westlicher Staaten einschließlich des Vatikan veranlaßten Horthy Anfang Juli 1944, die Einstellung der Deportationen anzuordnen. Die Bemühungen des Reichsverwesers, aus dem Bündnis mit Deutschland auszuscheren, führten dazu, daß die Deutschen Horthy im Oktober 1944 absetzten. Als neue Machthaber folgten die nationalsozialistischen Pfeilkreuzer unter Ferenc Szálasi. Eichmann kehrte nach Budapest zurück, um die Verschleppung der Juden aus der Hauptstadt, welche die letzte der sechs Deportationszonen bildete, fortzusetzen. Noch circa 76.000 Menschen wurden erschossen oder auf Todesmärschen zur ungarisch-österreichischen Grenze getrieben und dann in unterschiedliche Konzentrationslager zur Zwangsarbeit weitertransportiert. Bis Februar 1945 eroberte die Rote Armee Budapest: ungefähr 20.000 Juden waren noch in den letzten Kriegswochen durch die Mordkommandos der Pfeilkreuzer oder in den Ghettos an Hunger und Krankheiten gestorben. Insgesamt kamen von den fast 800.000 ungarischen Juden nur etwa 260.000 mit ihrem Leben davon.

Aly und Gerlach machen in ihrer Studie deutlich, daß die antijüdische Vernichtungspolitik zwar von Deutschland ausging, aber ohne die Unterstützung und Mitarbeit der ungarischen Behörden und auch weiter Teile der Bevölkerung nicht möglich gewesen wäre. In ihrem Bestreben, die realpolitischen Motive für den Mord an den ungarischen Juden ausführlich herauszuarbeiten, erliegen die Autoren zum Teil jedoch der Gefahr, zu einseitig die technokratischen Argumente der antisemitischen Akteure nachzuzeichnen. Dabei drohen sie den Blick für die weitverbreiteten antisemitischen Einstellungen, Vorurteile und die wachsende Judenfeindschaft zu verlieren, ohne die sich sowohl das »Erdenken« und Zustandekommen der antijüdischen Realpolitik bei den Entscheidungsträgern als auch das Mittragen und die Akzeptanz dieser Politik bei Mittätern wie Mitläufern nicht erklären lassen.

Ein eigenes Kapitel widmen Aly und Gerlach den »zweihunderttausend Odysseen« jüdischer Zwangsarbeiter innerhalb des nationalsozialistischen KZ-Systems. Es verdient Anerkennung, daß die Autoren auf diese Weise auch die Perspektive der Opfer in ihrer Studie berücksichtigen. Nicht nachvollziehbar ist es allerdings, warum sich die beiden Historiker dabei ausschließlich auf eine Stichprobe aus den unvollständigen Akten der jüdischen Gefangenen des KZ Mauthausen beschränkten. Eine Analyse der PC-gestützten Häftlingsdatenbank der KZ-Gedenkstätte Dachau zum Beispiel hätte – in Ergänzung der übrigen Akten – sicherlich genauere

Ergebnisse erbringen können: So waren nicht circa 8.000 ungarische Juden im Dachauer Lagerkomplex inhaftiert, sondern mehr als 17.500, darunter ungefähr 3.500 Frauen. Über 4.400 dieser Gefangenen starben in Dachau oder einem seiner Außenlager. Weitere 2.600 Häftlinge wurden nach Auschwitz beziehungsweise Bergen-Belsen überstellt, offenbar weil sie als »Arbeitsunfähige« ihren »Zweck« für die SS verloren hatten.<sup>6</sup>

Sprachbarrieren hinderten die beiden Autoren daran, alle zur Verfügung stehenden Quellen zu berücksichtigen. Sie sind wohl auch der Grund dafür, daß einzelne Orts- und Personennamen falsch beziehungsweise uneinheitlich geschrieben wurden. Eine des Ungarischen mächtige und gründlichere Redaktion wäre dem Buch zu wünschen gewesen. Götz Aly und Christian Gerlach haben dennoch eine sorgfältig recherchierte Arbeit vorgelegt, die den aktuellen Kenntnisstand über den Mord an den ungarischen Juden gut zusammenfaßt und hilft, das bisherige Wissen um einige neue Aspekte zu erweitern.

Dirk A. Riedel

Dachau

KISZELY, GÁBOR: *Állambiztonság 1956-1990* [Staatssicherheit 1956-1990]. Budapest: Korona 2001. 430 S.

Der 1949 geborene Autor ist Journalist, studierte in Deutschland und Ungarn Politikologie, Geschichte und katholische Theologie und trat nach mehreren Veröffentlichungen 2000 mit dem Bestseller „ÁVH – egy terrorszervezet története“ (*Staatssicherheitsamt. Die Geschichte einer Terrororganisation*) hervor.<sup>1</sup> Das vorliegende Buch ist eigentlich die Fortsetzung dieses Werkes über die ungarische Staatssicherheit, die nach dem Aufstand von 1956 umbenannt und umorganisiert wurde. Es besteht aus acht Teilen.

Das erste Kapitel befaßt sich mit dem neuen Staatssicherheitssystem nach 1956: mit der Umwandlung der ÁVH (*Államvédelmi Hatóság*, Behörde für Staatsschutz), der Schaffung der neuen Behörde „Politikai Nyomozati Főosztály“ (*Hauptabteilung für Politische Ermittlungen*) der politischen Polizei des Innenministeriums (darin vierzehn Abteilungen wie militärische und bürgerliche Abwehr, Nachrichtendienst, Ermittlungs- und operative Sektion, Postüberwachung, Organisation politisch motivierter Morde). Der Verfasser weist anhand der Angaben der Behörde nach, daß allein zwischen dem 4. November 1956 und dem 1. April 1958 insgesamt 14.378 Personen wegen Beteiligung am Aufstand verurteilt wurden. Ihre Zahl stieg bis 1960 auf 21.668. Zu gleicher Zeit wurden 367 (nach anderen Zählungen über 400) Todesurteile verhängt und 229 Todesurteile vollstreckt (S. 37-38). Das zweite Kapitel stellt in sieben Abschnitten anhand der Fachliteratur und von Archivalien die Konzipierung des Schauprozesses gegen den Ministerpräsidenten Imre Nagy, die Methoden der Realisierung, die Inhaftierung Nagys und die Gefügigmachung und Liquidierung seiner wichtigsten Gefährten (Géza Losonczy, József Szilágyi) sowie

<sup>6</sup> Datenbankrecherche KZ-Gedenkstätte Dachau vom 17. Juli 2002. Zu den weiblichen Häftlingen vgl. auch Kerstin *Engelhardt*: Frauen im Konzentrationslager Dachau. In: Dachauer Hefte Nr. 14, 219, 221; Edith *Raim*: Frauen in den Dachauer KZ-Außenlagern Kaufering. In: Geschichte quer. Zeitschrift der bayerischen Geschichtswerkstätten 2000, Nr. 8, 35-37.

<sup>1</sup> Besprochen von György *Harsay* in: Ungarn-Jahrbuch 25 (2000/2001) 414-417.

auf die Verhängung des Todesurteils und dessen Vollstreckung ein. Das dritte Kapitel befaßt sich mit dem Verhalten der Behörde gegenüber der katholischen Kirche, vornehmlich mit ihrem in der Kirche plazierten Agentennetz. Der Autor analysiert dabei zunächst die Zielsetzungen der Partei (Bericht des Zentralkomitees vom 3. Juni 1958), die große Verhaftungs- und Prozeßwelle 1961, die konkreten Bemühungen des Apparates, die »katholische Kirche vom Vatikan politisch-administrativ zu trennen« und die entsprechenden »Erfolge« in der Erzdiözese Erlau (*Eger*), wo der Apostolische Administrator seit 1958 Agent des Staatssicherheitsdienstes war (Pál Brezanóczy).

Der detaillierte Plan der Behörde hinsichtlich des II. Vatikanischen Konzils (1962-1965) – einschließlich Observation der Konzilsväter und sogar der Agenten untereinander –, die Verbreitung von Desinformationen und das Erreichen des Plansolls (zum Beispiel Verhinderung der Verurteilung der kommunistischen Systeme und deren Maßnahmen gegen die Kirche) werden anhand zahlreicher Dokumente ausführlich geschildert. Die Tätigkeit der eingeschleusten Agenten nimmt in diesem Abschnitt eine zentrale Stelle ein. Kiszely hat 21 Agenten ermittelt. Sie werden auch von der Behörde charakterisiert, von der sie konkrete Aufgaben bekamen. Viele von ihnen bespitzelten sich zusätzlich gegenseitig. Besonders in der zweiten und dritten Konzilsperiode (1963/1964) war ihre Aktivität sehr rege. Ihre Erfolge oder Mißerfolge spiegeln sich auch in den Bewertungen ihrer Führungsoffiziere. Nach Rom fuhr damals ein eigener Führungsoffizier mit einem Diplomatenaß (Major Oszkár Kiss). Von den dreizehn Mitgliedern der ungarischen Konzilsdelegation waren insgesamt zehn Agenten (S. 118-119). Wichtig für den Staatssicherheitsdienst war dabei grundsätzlich nicht das Konzil und seine Arbeit, sondern die Sammlung einerseits von Informationen über das Verhalten der Römischen Kurie und der Konzilsväter gegenüber dem kommunistischen System, um es – soweit wie möglich – zu steuern, andererseits von Informationen über die Absichten und die Auffassungen des Heiligen Stuhles hinsichtlich der Lage der katholischen Kirche in Ungarn (vgl. den Bericht des Agenten »Pál Kékes«, das heißt, Brezanóczys vom 6. Dezember 1963, S. 124). Die Verhandlungen zwischen der ungarischen Regierung und dem Vatikan, die am 15. September 1964 zu einem *Agrément* führten, waren ja schon voll im Gange.

Die vorgelegten Zitate und Berichte geben ein erschütterndes Zeugnis von der erfolgreichen Unterwanderung der damaligen ungarischen Amtskirche. Die wichtigsten Agenten waren auf dem Konzil in Rom 1963/1964 die Professoren József Bánk (alias »Professor«, später Bischof von Raab [*Győr*], Waitzen [*Vác*] und Erzbischof von Erlau) und Imre Timkó (alias »János Kiss«, später unierte Bischof von Hajdúdorog), der schon erwähnte Apostolische Administrator Pál Brezanóczy, der Kanzleidirektor Kornél Pataki (alias »Kerekes«, später Bischof von Raab), der Pfarrer József Ijjas (alias »Péter«, später Bischof von Csanád und Erzbischof von Kalocsa), Pfarrer István Hamvas (alias »Kecskeméti«, Neffe des Bischofs Hamvas), die eminenten Friedenspriester Géza Ákos (alias »György«, später Direktor der St. Stephans-Gesellschaft) und György Vitányi (alias »Vadász«, später Abgeordneter). Aber auch der begleitende Arzt Ervin Siminszky und das Faktotum der Gruppe, der sogenannte weltliche Kämmerer Miklós Esty (alias »Pátkay«, Vizepräsident der *Actio Catholica*) sowie die zwei nach Rom entsandten Journalisten, Vid Mihelics (alias »Béla Molnár«) und Béla Saád (alias »Kövé«) erfüllten ihre Aufgaben als Spitzel.

An der dritten Sitzungsperiode des Konzils (14. September – 21. November 1964) nahmen auch die fünf neu geweihten Bischöfe teil. Sie bekamen – wie die anderen Ausgewählten (die regimekritischen Bischöfe erhielten keine Ausreisegenehmigung – detaillierte Anweisungen des stellvertretenden Innenministers mit auf den Weg (S. 132-133). Die nach Rom gereisten fünfzehn Personen waren alle Männer der Kirche. Darunter befanden sich zehn Konzilsväter und drei Begleitpersonen. Sechs Reisende waren aktive Agenten mit besonderen Aufgaben: Bischof Brezanóczy, Bischof Ijjas, Bischof Bánk und die Pfarrer István Hamvas, Géza Ákos und György Vitányi (S. 133-138). So steht heute fest: Von den am 15. September 1964 ernannten fünf Bischöfen waren drei seit Jahren Agenten des Staatssicherheitsdienstes: Pál Brezanóczy, József Ijjas und József Bánk. Kiszely schließt das Kapitel mit einem harten Urteil über die von Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli vertretene vatikanische Ostpolitik und vermißt immer noch die öffentliche Buße seitens der Betroffenen.

Das vierte Kapitel deckt die innere Konspiration der Behörde anhand einiger Fallstudien auf. Der Autor geht ausführlich auf die Geschehnisse um Mátyás Rákosi, die Soziologie und Schriftsteller György Konrád und Iván Szelényi sowie den Redakteur Mihály Iliá ein. Das umfangreiche fünfte Kapitel ist den Mechanismen des Staatssicherheitsdienstes in folgenden Themenbereichen gewidmet: Struktur des Dienstes, Fahndung, operative Tätigkeit, Anwerbung sowie Führung und Erziehung der Agenten, Bewertung der Berichte, Abhörtätigkeiten, Vernetzung der Arbeit, die „Aktion Lord“ (Plan einer Massenverhaftung anlässlich der Berlin-Krise), innere Sicherheit, Kategorisierung der Feinde und die Aufsplitterung der Gegner. Kiszely gibt eine detaillierte Beschreibung des Sicherheitsamtes mit allen seinen Abteilungen und Aufgaben (S. 272-275). Daraus geht hervor, daß am 31. Dezember 1969 in Ungarn 12.046 Agenten registriert waren (S. 223).

Das sechste Kapitel schildert die politische Wende 1989/1990 mit ihren Folgen wie der massenhaften Vernichtung von Akten oder der Auflösung der Abteilung III/III. Das siebte Kapitel enthält eine Liste ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes (etwa 820 Namen mit Dienstbezeichnungen). Im Anhang finden sich zehn wichtige Dokumente, einige aus der Behörde III/III mit allen ihren Abteilungen und Funktionsträgern.

Betroffene, Archivare und Fachleute werden im Buch von Kiszely wahrscheinlich einige Irrtümer oder auch Unzutreffendes finden. Trotzdem gebührt ihm Anerkennung dafür, daß er dunkelste Seiten der jüngsten Geschichte Ungarns mutig aufgedeckt hat.

*Gabriel Adriányi*

Bonn

*Restauráció vagy kiigazítás. A kádári represszió intézményesülése 1956-1962* [Restauration oder Korrektur. Die Institutionalisierung der Kádárschen Repression 1956-1962]. [Herausgegeben von] HUSZÁR, TIBOR – SZABÓ, JÁNOS. Budapest: Zrínyi 1999. 436 S.

Im Zuge der Aufarbeitung der vier Jahrzehnte des Kommunismus in Ungarn, bei der lange Zeit hindurch die Ereignisse der Volkserhebung 1956 im Mittelpunkt standen, wendet sich die ungarische Geschichtswissenschaft in jüngster Zeit besonders den Ursprüngen und ersten Jahren des Kádár-Regimes zu. Dieser Sammelband beinhaltet neun Studien, die den Themenkomplex aus unterschiedlichen



Blickwinkeln und mit verschiedenen Methoden beleuchten. Gemeinsames Ziel der Verfasser ist, auf der Grundlage empirischer Untersuchungen die Art und Weise der Wiedererrichtung der kommunistischen Herrschaft beziehungsweise der totalitären Machtstrukturen in den Jahren nach dem Volksaufstand aufzudecken, die inneren und äußeren Bedingungen der politischen Repression offenzulegen und den Charakter der politischen Herrschaft in den Jahren 1956 bis 1962 begrifflich zu fassen.

Die erste Studie von Ferenc *Gazdag* beschäftigt sich mit den für die ungarischen Entwicklungen relevanten internationalen Rahmenbedingungen, insbesondere mit der Rolle der sowjetischen Vormacht. Der Autor geht dabei weit über den im Titel des Bandes abgesteckten Zeitraum hinaus. So zeigt er die Stellung Ungarns innerhalb der bipolaren Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg auf, beschreibt die Besonderheiten der sowjetischen Außenpolitik und schildert ausführlich die internationale Lage in den Jahren 1955 und 1956. Anschließend behandelt er die westlichen Reaktionen auf die Niederschlagung des Volksaufstandes, die internationale Isolierung Ungarns und seine totale Abhängigkeit von der Sowjetunion auch in den Jahren nach 1956 sowie die Auswirkungen der ungarischen Erhebung auf die »Bruderländer«. Abschließend zeigt Gazdag vor dem Hintergrund der ungarischen und polnischen revolutionären Bewegungen 1956, der tschechoslowakischen Reformbewegung 1968 und der antikommunistischen Widerstandsbewegung in Polen 1980/1981 den prinzipiellen Moskauer Widerstand gegen nationale Versuche auf, den Kommunismus zu erneuern. Wie bereits ein Blick auf die Anmerkungen offenbart, kann der Autor allerdings mit keinen neuen Forschungsergebnissen aufwarten, sondern legt lediglich eine Zusammenfassung des Forschungsstands vor.

Im Mittelpunkt des Artikels von Zoltán *Ripp* über „Die Legitimation der MSZMP [Magyar Szocialista Munkáspárt, *Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei*] zu Beginn der Ára Kádár“ stehen die Versuche des kommunistischen Regimes, seine Herrschaft sowie die Restauration des politischen Systems nach der Niederschlagung des Volksaufstandes gegenüber der Gesellschaft und der Parteibasis zu rechtfertigen. Dabei konzentriert sich der Verfasser primär auf die Frage der Legitimation der kommunistischen Staatspartei, die er – zurecht – als die »Schlüsselfrage der Systemlegitimation« bezeichnet. Vor dem Hintergrund der innenpolitischen und sowjetischen Machtverhältnisse behandelt er die Legitimationskrise der Partei nach dem Sturz der rechtmäßigen Regierung von Imre Nagy sowie die »doppelte Legitimationsstruktur« des Kádár-Regimes. Mit letzterem bezeichnet Ripp das – letztlich zu tiefen Widersprüchen führende – Bemühen der Machthaber, die »rein ideologische Selbstlegitimation« der MSZMP im Zuge der Restauration der orthodoxen Einparteienherrschaft (zumindest) in der Arbeiterklasse durchzusetzen und gleichzeitig die Unterstützung der gesamten Gesellschaft durch pragmatische Reformversprechen und -maßnahmen zu gewinnen. Geschildert werden überdies die »legitimitätsstiftenden« Versuche des Kádár-Regimes, sich im Zeichen der »Zentrumspolitik« sowohl vom »revisionistischen« Kurs Imre Nagys als auch von der dogmatischen Politik und den Methoden des einstigen Parteichefs und Stalinisten Mátyás Rákosi sowie seiner Anhänger abzusetzen. Grundproblem der Darstellung ist, daß Ripp die Frage, ob der Begriff *Legitimation* im Zusammenhang mit der kommunistischen Herrschaft überhaupt verwendet werden kann, nicht reflektiert.

Die Untersuchung von Tibor *Huszár* über die Wiedererrichtung der kommunistischen Machtmechanismen in den Jahren zwischen 1956 bis 1960 ist der umfang-

reichste und zweifellos beste Beitrag des Bandes. In seiner Arbeit zeigt der Autor auf, wie die ursprünglichen Versuche der MSZMP-Führung, die alten, stalinistischen Herrschaftsmethoden zu korrigieren, aufgrund innerer und äußerer Zwänge scheitern mußten und das frühe Kádár-Regime in das Fahrwasser der politischen Restauration geriet. Zum einen macht er dafür den Zwang verantwortlich, die Institutionen der Herrschaft, insbesondere die bewaffneten Kräfte auf schnellstem Wege wieder aufzubauen. Zum anderen führt er diese Entwicklung auf die unmittelbaren Eingriffe der Sowjetunion in die ungarische Innenpolitik, vor allem in die Reorganisation der Organe der inneren Sicherheit zurück. Anschließend beschäftigt sich Huszár ausführlich mit dem Neuaufbau der Staatssicherheit, der Rekrutierung ihrer Offiziere sowie mit den Institutionen und Maßnahmen der Vergeltung im Justizwesen. Außerdem behandelt er die Frage, wer vom Regime als »Konterrevolutionär« (westliche Imperialisten und die ungarischen Vertreter von Kapitalismus und Großgrundbesitz), und wer lediglich als »Irreführer« (die Arbeiterklasse) betrachtet wurde. Abschließend charakterisiert Huszár die Zeitphase als die der »Restauration« und »Vergeltung« und weist – überzeugend – darauf hin, daß von »Korrektur« des stalinistischen Systems erst seit den sechziger Jahren gesprochen werden kann.

László Huszár beschäftigt sich unter dem Titel „Einige Kennzeichen der Personaldaten in den Kaderlisten 1957-1962“ mit den soziologischen Charakteristika der Elite des frühen Kádár-Regimes beziehungsweise mit der Auswertung derjenigen Listen, die der kommunistischen Partei zur Besetzung der wichtigsten Staats- und Parteiämter dienten. Sein wichtigstes Ergebnis ist, daß es nach 1956 nur wenigen neuen Personen gelang, in die wichtigsten staatlichen und gesellschaftlichen Führungspositionen, die mittels Kaderlisten zu besetzen waren, aufzusteigen. Dies läßt den Schluß zu, daß es die Parteiführung vorzog, auf bereits »bewährte« Kader zurückzugreifen beziehungsweise diese intern »umzugruppieren«.

In der Studie von István Sponga wird die Rolle des Parlaments in den ersten Jahren des Kádár-Regimes beleuchtet. Der Autor kommt auf der Grundlage verschiedener soziologischer Untersuchungen zu dem – wenig erstaunlichen – Ergebnis, daß die »Volksvertretung« mittels der nach dem Nomenklatur-Prinzip – also unter dem Gesichtspunkt der politischen Nützlichkeit und Zuverlässigkeit – ausgewählten Abgeordneten unter der festen Kontrolle der Partei stand, und die »vielbeschworene politische Unabhängigkeit und Offenheit des Parlaments« lediglich auf der Ebene der politischen Parolen existierte.

János Szabó behandelt den Rollenwandel der Armee von der Phase des Stalinismus und Poststalinismus (1948-1962) bis in die achtziger Jahre hinein. Seine zentrale These ist, daß sich die Logik des politischen Veränderungsprozesses im wesentlichen auch im Rollenwandel der Armee und ihrer Organisation widerspiegelt. Diese These belegt er – gut nachvollziehbar – unter anderem mit umfassenden Ausführungen zur Institutionalisierung des stalinistisch-sowjetischen Armeemodells in der Ära Rákosi, mit ausführlichen Darlegungen über die personellen Säuberungen in der Armee und die Wiedereinführung ihrer unmittelbaren Kontrolle durch die oberste Parteiführung nach 1956 sowie mit der Beschreibung der organisatorischen Reformen in der Armee in den sechziger Jahren.

István Bikki beschäftigt sich mit der Tätigkeit der provisorischen Kádár-Regierung, das heißt, der Macht- und Entscheidungszentrale 1956/1957, zu deren Analyse er die Beschlußprotokolle der Sitzungen heranzieht. Er schildert die äußerst schwierigen Bedingungen, unter denen der Staatsapparat nach 1956 gemäß dem

sowjetischen Organisationsmuster beziehungsweise dem Prinzip des demokratischen Zentralismus wiedererrichtet wurde. Allerdings verweist er – zu Recht – darauf, daß es trotz der harten Repression während der Kádárschen Konsolidierung zu einer vollständigen Restauration des stalinistischen politischen Systems in Ungarn nicht mehr kam. Zur Charakterisierung dieser Phase verwendet der Verfasser unter Umgehung des Begriffs *Korrektur* die – ungewöhnliche und nicht besonders aufschlußreiche – Bezeichnung »Rekonstruktion der Ära Rákosi«.

Die Untersuchung von György *Markó* über die Tätigkeit der Militärgerichte zwischen Dezember 1956 und Oktober 1957 beschäftigt sich mit der Einführung des Standrechts, der Organisation der Gerichte und damit, welche Personen vor diese Gerichte gestellt, welche Anklagen erhoben und welche Urteile verhängt wurden. Er kommt zu dem Schluß, daß standrechtliche Verfahren in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen Angehörige der unteren sozialen Schichten verhängt wurden, insbesondere gegen jüngere, unverheiratete und kinderlose Personen, die oft nur geringfügige Straftaten (so das Verstecken von Waffen) begangen hatten.

András *Bohár* setzt sich zum Ziel, die Entwicklungen in Richtung einer »offenen Kultur« in den Jahren 1956 bis 1963 aufzuzeigen. Ausgehend von der Streichung der Symbole des Volksaufstandes und des »Umbaus« der stalinistischen Symbolik nach 1956 legt er die allmähliche, zunächst aber sehr bescheidene Ausweitung der kulturellen Möglichkeiten unter Kádár bis 1963 dar.

Die neunte und letzte Studie, deren Verfasser nicht genannt wird, trägt den Titel „Kurzer Überblick über die Funktion und Organisation der Polizei und der politischen Fahndungsorgane zwischen 1945 und 1956“. Sie behandelt aber nicht nur dieses Thema, sondern die Entwicklung der gesamten Staatssicherheit in den Jahren von 1945 bis 1962. (Offensichtlich wurden hier der Verfasser und der eigentliche Titel der Studie versehentlich weggelassen.) Besonders ausführlich geht die Arbeit auf die parteiinternen Diskussionen über zentrale Fragen der inneren Sicherheit und die Reorganisation ihrer Organe nach 1956 ein. Sie zeigt auf, daß das Kádár-Regime von 1956 bis 1962 einerseits mit der stalinistischen Konzeption und Praxis des »Staatssicherheit« brechen wollte und institutionelle Veränderungen herbeiführte, andererseits aber im Zuge der Repression auf stalinistische Methoden und auf zahlreiche Mitarbeiter des 1956 aufgelösten Staatssicherheitsamtes (*Államvédelmi Hatóság, ÁVH*) beim Kampf gegen den »inneren Feind« zurückgriff.

Neben zahlreichen bereits bekannten Aspekten enthält der Band auch wichtige neue, quellengestützte Forschungsergebnisse und liefert damit einen, in den meisten Fällen empirisch gut fundierten Beitrag zur Aufarbeitung der ersten Jahre des Kádár-Regimes, teilweise auch über diesen Zeitraum hinaus. Eine hilfreiche Ergänzung der Beiträge stellen die von Karola *Németh* und Ferenc *Molnár* zusammengestellten Kurzbiographien der wichtigsten, in den einzelnen Artikeln erwähnten Personen dar. Die zentrale Fragestellung, ob es sich bei den Ereignissen der Jahre 1956 bis 1962 im wesentlichen um eine Periode der *Restauration* oder der *Korrektur* des totalitären Systems gehandelt hat, wird in den Beiträgen allerdings oft nur gestreift oder überhaupt nicht berücksichtigt. Deshalb sowie wegen des plakativen Buchtitels wäre es unbedingt notwendig gewesen, das Problem der Charakterisierung dieser Phase unter Rückgriff auf die bisherigen Ergebnisse der historischen Forschung, darunter auf die der Wirtschaftsgeschichte etwa aus der Feder von Iván T. Berend, in einem abschließenden Artikel zu vertiefen.